

Antrag 319/II/2023**Abteilung 04/70****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Auszahlung von „Klimageld“ endlich ermöglichen**

1 Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung, im Bundes-
2 tag und in den Ländervertretungen werden aufgefordert,
3 sich dafür einzusetzen, dass das im Koalitionsvertrag ver-
4 einbarte „Klimageld“, also die Rückzahlung der Einnah-
5 men aus der CO₂ – Abgabe auf Energie und Treibstoffe pro
6 Kopf an jede:n Bürger:in schnellstmöglich – noch inner-
7 halb dieser Legislatur - erfolgen kann. Das Klimageld ist
8 eine der wichtigsten und nachhaltigsten Voraussetzun-
9 gen, um weitere Belastungen durch Klimaschutz- und An-
10 passungsmaßnahmen sozial auszubalancieren.

11

12 Dazu muss das Finanzministerium endlich die organisato-
13 rischen und rechtlichen Voraussetzungen für die Auszah-
14 lung eines Klimageldes schaffen.

15

16 Begründung

17 Die zurückliegenden Diskussionen um die Energiepreiser-
18 höhungen, aber auch um das Gebäudeenergiegesetz und
19 den Heizungstausch zeigen, dass trotz großem Verständ-
20 nis für notwendigen Klimaschutz- und Klimaanpassung
21 wirtschaftlich schwächeren Teile der Bevölkerung von den
22 Zusatzkosten überfordert werden. Die Zusatzkosten für
23 den Klimawandel werden u.a. durch die notwendige An-
24 passung der CO₂-Abgabe auf Energie- und Treibstoffe ab
25 2024, aber erst recht in den Folgejahren weiter steigen.
26 Zusätzliche Belastungen bei den Mieten sind u.a. durch
27 Dämmung und Heizungsanpassung von Wohngebäuden
28 zu erwarten.

29

30 Bereits die sozial undifferenzierte Energiepreisbremse im
31 Herbst 2022 war nur erforderlich, weil keine differenzier-
32 ten Auszahlungen an wirtschaftlich bedürftige Haushalte
33 möglich waren.

34

35 Die Beispiele Österreich und Schweiz zeigen, dass direkte
36 Rückzahlungen pro Kopf technisch möglich sind, wenn der
37 politische Wille besteht, diese zu realisieren.

38

39 Andernfalls droht die Situation, dass marktkonforme
40 Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele zunehmend
41 zu Demokratieverdruss und zu weiterem Einfluss von
42 rechten und populistischen Parteien führen werden. Im
43 Extremfall sind Aufstände, wie von den Gelbwesten in
44 Frankreich zu erwarten. Das kann nicht Ziel sozialdemo-
45 kratischer Politik sein!

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**